

FREIWIRTSCHAFT

Nr. 59 September/Oktober 2013

Rundbrief gegen die Verwässerung der Erkenntnisse Silvio Gesells und für eine Konzentration auf das uns heute schon Mögliche

Liebe freiwirtschaftlichen Freundinnen
und Freunde,
hier wieder der aktuelle Rundbrief.

*

Vor 80 Jahren: Verbot des Freigeldes von
Wörgl. Eine Aufsatzreihe
„Das Wunder des Hilfgeldes“

Von Claude Bourdet

**(Wära-Handelsblatt Nr. 9 vom Oktober 1933,
Erscheinungsort Leipzig**

Die Erfahrungen von Wörgl. (Auszugsweise
wiedergegeben aus einem in „Illustration“ vom
9. September 1933 veröffentlichten Artikel von
Claude Bourdet)

Im Dezember 1931 wurde ein Eisenbahnbeamter namens Michael Unterguggenberger zum Bürgermeister von Wörgl erwählt. Die Stadtfinanzen befanden sich in einem Zustande jämmerlichsten Verfalls. Steuern wurden nicht mehr entrichtet, auch alte große Steuerausstände waren nicht hereinzubekommen. Die Arbeitslosigkeit stieg von Tag zu Tag. Selbst die Staatsabgaben konnte die Stadt nicht mehr abführen. Der Zustand der Straßen und öffentlichen Wege war so schauerhaft, daß man Spottverse hierauf noch jetzt an der Mauer eines Hauses in Wörgl lesen kann.

Am 5.Juli 1932 beschloß der Bürgermeister, angesichts des unvermeidlichen Bankrotts, seine Zuflucht zu einer „Roßkur“ zu nehmen. Diese bestand einfach darin, das übliche Geld in Wörgl durch solches mit Umlaufzwang nach

Gesell'schem Muster zu ersetzen. Um mit der Währungshoheit des Landes nicht in Konflikt zu geraten, gab man sogenannte Arbeitsgutscheine, auf fünf und zehn Schillinge lautend, aus. Diese Scheine hatten für ihre Besitzer die höchst widerwärtige Eigenschaft, monatlich einen Verlust von 1% zu erleiden, wenn er sie nicht weitergab, so daß er mithin an 10 Schillingen 1,20 Schilling verlor, wenn er den Schein ein Jahr lang hamstern wollte. Der ursprüngliche Nennwert muß durch Einzahlung des Schwundbetrages bei der Stadtkasse, die ihn abstempelt, wieder hergestellt werden.

Im August (1932) wurden die ersten Arbeitsgutscheine im Betrage von 32.000 Schilling gedruckt. Die letzten Hilfsmittel der Stadt wurden aufgeboten, um einen gleichen Betrag an Bargeld aufzubringen und als Deckung für die Gutscheine bei einer Bank zinsbringend zu deponieren.

In den Verkehr gebracht wurden nun die Gutscheine, indem die Stadt einen öffentlichen Arbeitsplan verwirklichte und Löhne an ihre Bediensteten sowie und Lieferungen an die Stadt mit diesen Gutscheinen bezahlte. Bald konnte man feststellen, daß das neue Geld seinen Zweck vollkommen erfüllte. Es ging so schnell von Hand zu Hand, daß innerhalb nur dreier Monate mit einer Menge von zunächst nur 12.000 Schilling in Gutscheinen Zahlungen in Höhe von 100 000 Schilling geleistet worden waren. Ich kam nach Wörgl im August 1933. Die Erfahrung eines Jahres lag mithin vor. Und ich muß freimütig erklären, daß mir der sichtbare Erfolg den Eindruck eines Wunders machte. Überall mustergültige Autostraßen wie auf der Avus. Einem Lustschlößchen vergleichbar das kokett und neu hergerichtete Rathaus inmitten eines herrlichen Blumenflors. Eine neue Betonbrücke verkündet in stolzen Lettern:

„Im Jahre 1933 mit Freigeld erbaut“

Überall frohe Gesichter geschäftiger Menschen. Worin besteht nun der einem solchen wünschenswerten Geld anhaftende Zauber, der mächtig genug ist, in schlimmster Krisenzeit eine Stadt vor dem Bankrott zu retten und binnen Jahresfrist den Wohlstand wieder herzustellen?

Zunächst einmal in der Erhebung einer Geldsteuer von monatlich ein Prozent des Nennwertes, 12% jährlich, worüber unsere klassischen Nationalökonomien sich zwar entsetzen mögen, wovon die Stadt Wörgl nichtde-

stoweniger den Gewinn hatte. Dann in den Zinseinkommen, welches die Depotsomme abwirft.

Schließlich noch in einer zweiprozentigen Gebühr, welche die Stadtkasse erhebt, wenn Arbeitsgutscheine zum Umtausch in Bargeld vorgelegt werden.

Da der Einwohner in Wörgl am Monatschluß, wenn er die Geldsteuer abwälzen will, entweder Waren und Löhne damit bezahlen, die Arbeitsgutscheine als Spareinlage der Stadtparkasse übergeben oder Steuern damit bezahlen muß, so ist der dauernde Umlauf dieses neuen Zahlungsmittels damit gesichert. Ja, unglaublich aber wahr, sogar Steuervorauszahlungen werden damit geleistet, um der Geldsteuer zu entgehen.

Ich überlasse es den zünftigen Volkswirtschaftlern, bei einem 100%ig gedeckten Zahlungsmittel von Inflation zu reden, zumal wenn keinerlei Preissteigerung eingetreten ist wie in Wörgl.

Jedenfalls wird die Spartätigkeit in Wörgl durch das neue Geld heftig angeregt, im Gegensatz und zum Nachteil des bisherigen Hamsterns von Bargeld, denn der Sparstrumpf wird versteuert, die Sparkasseneinlage hingegen nicht. Im Juli 1932 überschritten die Abhebungen bei der Wörgler Sparkasse die Einzahlungen um 10 000 Schilling, im August 1932 nur noch um 5000 Schilling. Heute halten sich Einzahlungen und Auszahlungen die Waage, was man seit Bestehen der Krise noch nicht erlebt hatte.

Wir verweisen unserer Leser noch besonders auf den ausführlichen Artikel in „l'Illustration“ vom 9. Sept. 1933.

Übersetzt von C. Schönstein.

(Aus „l'Action Illustration“ vom 12. September 1933).

„Das Kind der toten Wära- Privatinitiative verhilft zu neuem Geld.“

Wära Handelsblatt Nr.10, Oktober 1932:

„Wir lassen hier noch gleich einen Bericht aus Wörgl folgen, welcher zeigt, wie das Wörgler Freigeld belebend wirkt:

Alles geht gut. Das Wörgler „Freigeld“ hat heute in unserer Ortschaft restlos alles erfaßt. Schon dringt es auf die Nachbargemeinden hinaus, alles ohne eigentliche Agitation, ganz von selbst. Die Scheine laufen rasch und beleben. Mit besonderer Vorliebe kommen sie nach dort zurück, von wo sie ausgegangen sind; in der Gemeindekasse. Die großen Rückstände an Steuern bauen sich heute nun langsam ab. Wir haben in der Zeit von 10. August bis 10. September einzig an Rückständen wieder rund 5000 Sch. eingenommen. Ein Rückständler zahlte seine bis ins Jahr 1929 zurück reichenden Steuerschulden

mit diesen Arbeitswertscheinen ein- einen Betrag von über 1000 Sch.- etwas noch nie in Wörgl vorgekommenes.

Eine Rundfrage bei der Geschäftswelt ergibt durchgehend eine sehr günstige Beurteilung des Freigeldes; alle berichten trotz der kurzen Zeit- das Freigeld läuft erst seit Ende Juli um- von einer merklichen Belebung und stellen ein rascheres Einfließen aller Zahlungen fest. Die Außenstände gehen ein und die Barzahlung nimmt zu.

Die Ortssparkasse konnte schon seit dem Jahre



1931 keine Kredite mehr geben und war auch nicht einmal in der Lage, längst gekündigte Einlagen zurückzuzahlen, weil sie von den festliegenden Hypotheken nicht loskommen konnte. Im Juli 1931 betrug die Mehrabhebungen 44.362 Sch., dauerten von da ab immer an und betrug im Juli 1932 z.B. 12.355 Sch.. Als Ende Juli das Wörgler Geld mit dem Umlaufzwang eingeführt wurde, erschienen sofort wieder Mehreinlagen und zwar im Betrage von 6591 Sch.. Es stimmt also, was man in freiwirtschaftlichen Kreisen immer sagte: Das Freigeld macht, weil es Arbeit schafft und Umsatz erzeugt, für viele Leute das Sparen erst möglich! Aus den Hinterlegungen für die Arbeitswertscheine konnte die Gemeinde schon nach einem Monat an sichere Geschäftsleute des Ortes Wechselkredite im Betrage von 5000 Sch. geben.

Wann werden weitere Gemeinden, wann wird

vor allen Dingen die Schweiz nachfolgen, in der man viel vorsichtiger mit der Verletzung verbrieftener Freiheiten ist, und wo sicher keine großen, den ganzen Geldverkehr lahmlegenden Bankkrachs drohen?“

*

**Tauschgesellschaft in Paris gegründet
Freigeld in Frankreich
(Wära Handelsblatt, Nr.9, Leipzig, Oktober 1933)**

Schon seit Monaten liegen für Frankreich die Statuten einer Tauschgesellschaft („mutuelle nationale d'échange“) vor, die auf Grund der Erfahrungen der deutschen Tauschgesellschaft mit der Wära und der Wörgler Arbeitsbestätigungschein Tauschmittel mit Umlaufzwang als Selbsthilfeaktion in Verkehr zu bringen beabsichtigt.

Es fehlt aber in Frankreich ein genügend starker Stamm einer entsprechenden Bewegung, die als Träger einer französischen Wära die ersten Brücken für den Handel schlagen könnte.

So mußte unser Vorkämpfer in Nizza, Jean Barral, immer wieder versuchen, mit einem Schläge gleich ganze, bereits vorhandene Bewegungen für die Gedanken zu gewinnen. Er wurde in letzter Zeit immer leidenschaftlicher überzeugt von unserem Gesinnungsfreund Max Albrecht. Und man hatte auch mehrere aussichtsreiche Verbindungen angeknüpft.

Im Frühjahr dieses Jahres lagen die Statuten der „mutuelle nationale d'échange“ fertig vor, und es fehlte nur der Sprung in die Öffentlichkeit. Zu diesem gab ein Artikel in der weltberühmten illustrierten Zeitschrift „l'illustration“ das Sprungbett ab. Claude Bourdet berichtete dort über seinen Besuch in Wörgl. Der Bericht erregte großes Aufsehen.

Inzwischen war aber der Führer einer jungen politischen Bewegung Frankreichs, „l'Union pour l'Action“, für die Freiwirtschaft und den Gedanken eines praktischen Vorstoßes mit der Wära gewonnen worden. Es ist Pierre Mouton. Er stellte nicht nur seine Organisation, sondern auch deren große Zeitung „l'Action Nouvelle“, deren Leiter er ist, in den Dienst der Bewegung. Auch andere Gruppen fanden sich zur Mitarbeit zusammen.

Die „l'Action Nouvelle“ brachte unter der Überschrift „Le miracle de la monnaie auxiliaire“ (das Wunder des Hilfgeldes) mehrere Artikel über die Freigeld-Idee und veröffentlichte zugleich die Statuten der französischen Tauschgesellschaft mit der Schlagzeile als Überschrift: „l'Action Nouvelle et l'économie franciste conjugent leurs efforts pour lutter effectivement contre la mévente et le chômage“ Zu Deutsch: „l'Action Nouvelle“ (Neue Tat) und die Freiwirtschaft verbinden ihre Kräfte, um tatkräftig gegen Preisabbau und Arbeitslosigkeit zu kämpfen“.

Sie veröffentlichte auch den Aufsatz von Claude Bourdet in „l'illustration“ mit seinen wichtigsten Teilen und einen Artikel von Jean Barral selbst.

In Paris hat unter Beteiligung von 16 geladenen Personen die offizielle Gründung der Tauschgesellschaft stattgefunden. Der Artikel von Claude Bourdet wurde verlesen und mitgeteilt, daß Bourdet durchaus als Zweifler nach Wörgl fuhr, aber als begeisterter Freund des Freigeldes zurückkehrte.

Nun soll mit der Ausgabe von Freigeld in Paris, Nizza und Nordfrankreich begonnen werden. Die Wära-Aktion in Frankreich nimmt ihren Lauf. Eine neue Epoche in unserer Bewegung hebt an.

Nun haben wir eine Freigeld Aktion in der Schweiz, in Österreich, und in Frankreich.

**Mit der Einführung der Wära
Beginnt eine neue Ära.**

*

**Michael Unterguggenberger
Gedenkworte an seinem Grabe in Wörgl zum
3. Internationalen Freiwirtschaftlichen Kongress
Pfungsten 1951, gesprochen von Werner
Zimmermann**

Auszug: „Drei Eichen Blätter“, München, 1. Juni 1951

„Im Herbst 1929 löste die Börsenspekulation in New York eine Wirtschaftskrise aus, die nach und nach fast die ganze Erdenwelt in Not, Elend und Verzweiflung stürzte. Das Geld, gekuppelt an das Gold, verweigerte weithin seine Dienste, die Löhne und Preise sanken immer tiefer. Das raubte ungezählten Millionen Arbeit und Verdienst und trieb Völker in gefährliche politische Fehlentwicklungen. Diese führten später zum Kriege.

Auch Österreich wurde in diese Krise gerissen. Im kleinen Stadtgebiet von Wörgl mußten viele Fabriken schließen und rund 1500 Arbeiter entlassen. Doch hier amtierte ein Bürgermeister besonderer Art, ein stiller Denker und Sucher, schmächtig an Gestalt, doch wach und furchtlos im Geiste: Michael Unterguggenberger. Er stand in der Arbeiterbewegung, suchte jedoch neue Wege und fand hin zum Lebenswerk des deutschen Sozialreformers Silvio Gesell „Die Natürliche Wirtschaftsordnung“.

Vorerst war er mit seinem neuen Wissen allein. Keine Gruppe, keine Partei, keine Regierung, keine Kirche stützten oder ermutigten ihn. Alles Große erwächst zuerst aus solcher Einsamkeit. Die Not seiner Stadt, seiner Mitmenschen brannten dem stillen Bürgermeister auf der Seele. Er sprach mit seinen Freunden und Mitarbeitern und diese vertrauten ihm. Am 8. Juli 1932 beschloß der Gemeinderat, Notgeld in Wörgl einzuführen. Eine monatliche Notabgabe von 1% des Nennwertes war den Geldscheinen in Form von Steuermarken aufzukleben. Dies wirkte als Motor für gesicherten Umlauf und speiste zugleich die Armenkasse. Dies neue Geld nach den Vorschlägen Silvio Gesells diente nicht mehr der Spekulation, der Ausbeutung- es diente der Arbeit, dem Menschen, dem Volke.

Die Wirkung war erstaunlich. Schon am 15. Oktober 1932 konnte Wörgl melden, daß neues Leben und neue Hoffnung in viele Familien und die Gemeinde eingekehrt seien. Arbeitslose fanden wieder Verdienst. Öffentliche Arbeiten für rund 100 000 Schilling wurden ausgeführt, und die alten Rückstände nicht bezahlter Steuern im Betrage von 118 000 Schilling waren mehr als zur Hälfte beglichen worden.

Ein wirtschaftliches Wunder war geschehen! Wie eine Insel der Arbeit, des Friedens, der Hoffnung, hob sich Wörgl aus dem brausenden Meer der Weltwirtschaftskrise. Rund um die Erde horchten die hilflosen und verzagten Menschen und Staatsmänner auf. Aus Frankreich reiste Minister Daladier nach Wörgl, um die unglaublichen Geschehnisse zu studieren und für sein eigenes Land nutzbar zu machen. Aus Nordamerika schickte der berühmte Professor der Volkswirtschaft an der Yale-Universität, Irving Fisher, einen Mitarbeiter nach Österreich, der ihm genauen Bericht zu erstatten hatte. Als er ihn erhielt, schrieb er in amerikanischen Zeitungen: „Setzen wir in Amerika diese Art neues Geld ein, so werden wir innerhalb drei Wochen die Krise überwunden haben.“

Nun, die dunklen Mächte des Goldes, der Spekulation, der Ausbeutung haben alles daran gesetzt, den erfolgreichen Versuch von Wörgl abzuwürgen. Die Notenbank von Wien verbot das Notgeld von Wörgl. Unterguggenberger kämpfte viele Wochen dagegen an- doch schließlich mußte er sich der Regierungsgewalt fügen. Und Wörgl sank wieder zurück ins Meer der Arbeitslosigkeit und Not.

Das war ein schwerer Schlag für den tapferen Bürgermeister. Wie bitter, den rettenden Weg zu kennen und bereits zu gehen- und ihn nur wegen des Unverständes der andern wieder verlassen zu müssen. Das zehrte an den Kräften und der schwachen Gesundheit. Am 19. Dezember 1936 gab er seinen gebrechlichen Leib Mutter Erde wieder hin, im Alter von erst 52 Jahren (geboren am 18.8.1884). Hier wurde er beigesetzt, in den heimatlichen Grund seiner geliebten Stadt Wörgl, seines Berglandes Tirol, seines Österreich.

Doch Michael Unterguggenberger lebt weiter. Wir sind Geist, und jedes Grab nimmt nur den Leib, die irdische Hülle auf. Wir leben weiter im Lichte, jenseits der Schatten dieser Erde.

Und auch die tapfere Tat des großen Bürgermeisters wirkt weiter. Der Name Wörgl ist ringsum auf unserem Planeten zu einem Begriffe, zu einer Hoffnung geworden. Hier in Wörgl wurde praktisch bewiesen, was Freigeld, wenn auch nur als bescheidener Beginn, zu leisten vermag!

Ein einzelner Mensch mit klarem Kopf und tapferem Herzen hat dies ausgelöst! Dies ist in den Wirrnissen dieser Umbruchzeit die große Hoffnung auch für uns! Der Mensch ist schöpferische Kraft! Er ist es, er seine soziale Umwelt gestaltet!

Freunde! Viele von euch möchten raschere Er-

gebnisse eurer vielen Anstrengungen sehen. Ist das weise? Das Korn will ruhen im schwelgenden Schoße der Mutter Erde, ehe es aufsprießt ins Licht. Unsere Worte und Taten sind Saat für die Zukunft. Sie werden sprießen und wachsen, wenn ihre Zeit erfüllt ist. Wir empfangen und erfreuen uns vieler Früchte, die unsere Vorväter gepflanzt haben. Warum sollten wir nicht das gleiche tun? Gute Saat, aufbauende Gedanken und Taten streuen, damit unsere Kinder zu ernten finden? Gut Ding will Weile haben! Wir leben und wirken für die Wahrheit, weil nur die die höchste Seligkeit zu bieten vermag. Denn alles, was wir aus reinem Herzen geben, wird uns vielfältig wieder zukommen.

Solch ein gütiger Kämpfer aus Heiligem Geiste war unser Freund Michael Unterguggenberger. Mögen auch wir immer mehr werden! Dies sei unser Dank an ihn!

*

Wer stand hinter dem Verbot von Wära und Wörgler Freigeld?

Hintergründiger Machtmißbrauch zur Bedrückung des Volkes wird bis heute verschwiegen

Die von Freiwirtschaftlern- mit Zustimmung und Beteiligung Silvio Gesells- gegründete Wära-Tauschgesellschaft war deutschlandweit verbreitet und daher viel umfassender als heutige Regional-Geldvereine. Ihr größter Erfolg war im Krisenjahr 1931 der Entschluß des bayerischen Bergwerksbesitzers Hebecker in Schwanenkirchen, 45 000 Reichsmark in Wära umzutauschen. Es gelang tatsächlich mit dieser verhältnismäßig kleinen „Geldspritze“ das Bergwerk in Gang zu bringen. Schwanenkirchen erlebte sofort eine wirtschaftliche Belebung, die alle überraschte. Die Wära-Tausch-Gesellschaft, die auf diesen Erfolg stolz war und lauter krächte als politisch-taktisch vertretbar war, muß aber schon etliche Zeit unter Beobachtung von Agenten der Geldfinanz gestanden haben, denn wenige Wochen später griff die Regierung des Reichskanzlers Dr. Heinrich Brüning ein. Brüning erließ eine *Notverordnung*, die die Wära und jedes ähnliche private Tauschmittel verbot. Es ist bis heute niemals geklärt worden, wer Brüning im fernen Berlin auf die Wära im Bayerischen Wald aufmerksam machte und sie sogleich als Bedrohung des Reichsbank-Notenmonopols auslegte. Absurd: Die Wärascheine entsprachen etwa 0,001% der ausgegebenen Reichsmarknoten! (wir sprechen bekanntlich nicht von „NotenUMLAUF“, weil nur ein Bruchteil auf dem Markte Nachfrage hält) Eine vom damaligen Wära-Handelsblatt gemeldete Tatsache ist, daß die Priester im stockkatholischen Schwanenkirchen MESSEN GEGEN DIE WÄRA hielten! Der fanatische Katholik und Vertrauensmann des Vatikans Brüning, der erste Diktator in Deutschland, befreundet mit dem Kardinal-Staatssekretär und späteren Papst Pius XII., „*machte das deutsche Volk durch Wirtschaftskrise, Verarmungspolitik,*

Massenarbeitslosigkeit und Notverordnungen planmäßig reif für das Naziregime“. Brünnings Wirken diente zuallererst religiös-politischen Zielen gemäß seinen eigenen Worten: „*Damit sind wir endlich da angelangt, wohin wir sagen das heute offen- die deutschen Geschicke schon immer hingewünscht haben. Das deutsche Volk soll einsehen, daß es keine anderen Wege der Rettung gibt als die christlichen Sittengesetze*“ (das heißt kapitalistische „Gottesordnung“. Näheres dazu im Buch: „Die Unbequeme Nation“).

Die Rolle der Kirche bei der Unterdrückung jeglicher Bestrebungen des Volkes in Bayern, sich aus den Würgeklauen der Geldmächte zu befreien, wiederholte sich im österreichischen Wörgl.

Unterguggenberger war das unterdrückte Wäre-Experiment von Schwanenkirchen bekannt. Daß die Kirche in Zusammenarbeit mit der Geldfinanz ihre Knechte in der österreichischen Bundesregierung veranlassen würde, auch sein Wörgler Freigeld zu verbieten, konnte er niemals begreifen. Ob in Wörgl Messen gegen Freigeld gehalten wurden ist nicht bekannt. In Wörgl war immerhin eine staatliche Autorität, freilich auf der untersten Ebene, Initiator der „Arbeitsbestätigungen“ (=Freigeld). Aber, wie Werner Zimmermann bemerkt, die Notenbank in Wien fühlte sich vom Wörgler Freigeldumlauf bedroht, das herrschende „*klero-faschistische Regime*“ des fanatischen Katholiken Engelbert Dollfuss verbot es unter Androhung von Gewaltmitteln.

Im Dollfuss-Regime besetzte den Posten des Finanzministers ein gewisser Ludwig von Mises. Über diesen Schurken wurde 2009 aus ausländischen Quellen einiges in unserem Forum <http://www.list.kbx7.de/list?enter=freiwirt> veröffentlicht, das die Wiedergabe an dieser Stelle verlohnt:

„Ludwig von Mises war ein früherer Bankier und Finanzminister Österreichs, der in den frühen dreißiger Jahren für den Zusammenbruch der österreichischen Wirtschaft verantwortlich zeichnete, und floh um sein Leben, als empörte österreichische Patrioten sich gegen das jüdisch geleitete Marionetten-Regime des Bundeskanzlers Dollfuss und seiner Spießgesellen erhoben.

Kein Wunder, von Mises behauptete, daß Wirtschaftsfragen durch sachliche Prüfung oder anschauliche Tatsachen nicht bewiesen oder widerlegt werden könnten!“

Ausgerechnet diesem Dummschwätzer verdient keinen zarteren Ausdruck!- war also das wichtigste Amt jener Regierung anvertraut. Unmöglich, daß hier ein Zufall vorliegt. Nein, er wurde gehalten, obwohl er aus allgemeiner (nicht nur volkswirtschaftlicher oder politischer) Sicht als kompletter Versager berüchtigt war!

„Wenn es mit der Wirtschaft abwärts geht, ergreifen die Machthaber gegen die Unzufriedenheit des Volkes scharfe Maßnahmen. Sie wollen sich oben halten, wie es dem Volke zumute ist, interessiert sie nicht. Mir hat der einstige Sek-

retär der Österreichischen Freiwirtschaftlichen Union (ÖFU) aus eigenem Erleben berichtet, daß die wirtschaftlichen Zustände, das Elend des Volkes in Österreich vor dem Anschluß wirklich unbeschreiblich war. Es habe in den Städten sogar Hungersnöte gegeben und die Wohnzustände waren für europäische Verhältnisse geradezu katastrophal. Das alles hatte man dem frommen Bundeskanzler Dollfuss und seinem Finanzminister von Mises zu danken.“

Für die Charakterlosigkeit des politischen Emporkömmlings Dollfuss gibt es keine mildern- den Umstände. Dieses Regime, das Österreich nach dem Verbot des Wörgler Freigeldes be- wußt ins Verderben stürzte, zeigte sein wahres Gesicht schon wenige Monate danach.

„Das Buch „Der Österreich-Anschluß“ sagt von der Bundesregierung Dollfuss: „Es war diesem Regime vorbehalten geblieben, im Jahre 1934 mit Artillerie auf eigene Landsleute zu schießen. Die Einschüsse in den Arbeiterbezirken erin- nerten noch lange an dieses diktatorische Vor- gehen. Auch das Haus der Sozialdemokra- tischen Partei Österreichs wurde Opfer des Artilleriebeschusses ... Um Maßnahmen gegen die linke (!) Opposition ungestört durchführen zu können, wurde von Dollfuss das Standrecht verhängt. ...Dollfuss schuf die Grundlagen eines völligen Umbaus des österreichischen Staates in *autoritärer, ständischer und christlicher Rich- tung*, der in dem Erlaß(!) der neuen Verfassung vom 1.Mai 1934 gipfelte. So scheint doch etwas mehr als ein bloßer „Putschversuch“ stattge- funden zu haben, es handelte sich tatsächlich um einen Volksaufstand gegen eine Diktatur. Dollfuss wurde am 25.Juli 1934 erschossen und von Mises, der Hauptschuldige der wirtschaftlichen Misere, türmte gerade noch rech- tzeitig.“

Die Niederwerfung des Freigeldumlaufes in Wörgl hat bisher niemand im Zusammenhang mit der klero-faschistischen Dktatur von Doll- fuss/ von Mises gesehen oder sehen wollen. Aber da gibt es kein Bestreiten: Erst Verbot und dann Marschbefehl für das Bundesheer gegen Wörgl ist von niemand sonst als von Dollfuss gekommen, und von Mises hat dabei entschei- dend mitgewirkt. Sie sahen in einem wirtschaftlich emporblühenden Wörgl und Öster- reich eine tödliche Gefahr. Und auch die Ab- setzung 1936 des hochangesehenen Professors Ude, einem der prominentesten Freiwirtschaft- licher, die es je gab, ist von der klerofaschistischen Schuschnigg-Diktatur, Nachfolger von Dollfuss, veranlaßt worden.

Sie alle, die Macht ausüben, ob im Namen der Kirche, des Kaisers, der Demokratie oder sonst wem, tatsächlich gelenkt von Geheimgesell- schaften und Priesterbünden, wollen und dürfen nicht die Reformen Gesells erwägen, nicht einmal gestatten, daß über die Befreiung des Volkes von seinen Ausbeutern und Verführern überhaupt öffentlich geredet wird.

„Fiskus freut sich über Hoeneß-Effekt“

„Steuersünder plagt die Angst“

„Die Deutschen lernen dazu“

(Nürnberger Nachrichten 19-07-13)

Wenn eine Tageszeitung in einer Ausgabe gleich drei Artikel zum gleichen Thema bringt, wird es brenzlich. Das Thema Steuerhinterziehung scheint in der wirtschaftlich-geldpolitischen „Szene“ der Bundesrepublik GmbH allmählich zum Dauerbrenner zu werden.

Entzündet wurde die Sache mit der „Selbstanzeige“ des berühmten Fußballers und Sportfunktionärs Uli Hoeneß im Januar 2013. Es muß da um beträchtliche Summen gegangen sein, die Hoeneß vor den geldgierigen Finanzämtern der BRd im Ausland in Sicherheit zu bringen versuchte.

Viele Bundesbürger sind der gleichen Meinung wie Hoeneß. Sie glauben, daß sie viel zu viel an das Finanzamt aushändigen und deshalb die gleiche Methode der Geldverlagerung -raus aus der BRd- unabdingbar, zumindest empfehlenswert ist.

Aber einem namhaften Teil von ihnen wurde mit der Hoeneß-Selbstanzeige ein gehöriger Schrecken versetzt. Dazu verhalfen auch Behauptungen, die Steuerbehörden in der Bundesrepublik GmbH.(wir sprechen hier absichtlich nicht von ‚deutschen‘ Behörden und ‚Deutschland‘) hätten auf dem Hehlermarkt gestohlene Kopien schweizerischer Bankkonten gekauft. Die Folge war eine Panik, die durch Gerüchte und Desinformationen weiter angeheizt wird. Berichten der Medien gemäß sollen sich die Selbstanzeigen nach dem Hoeneß-Fall verdreifacht haben, bis zum Juni 2013 seien 9186 Selbstanzeigen eingegangen, im ganzen Jahre 2012 immerhin „nur“ 11824 Fälle. Nun soll Hoeneß vor irgend ein Gericht gestellt und empfindlich bestraft werden, während bisher Steuerhinterziehung bei Selbstanzeige straffrei war der „Steuersünder“ mußte nur nachzahlen.

Das ungeheuerliche Ausmaß finanzieller Mißwirtschaft in der Bundesrepublik GmbH fängt damit an, sichtbar zu werden. Die „Linkspartei“ stocherte in diesem Misthaufen herum, der den anderen Parteien offenbar noch gar nicht aufgefallen war::

„Die Selbstanzeigewelle zeigt, daß die Bundesregierung das Ausmaß der Steuerhinterziehung dramatisch unterschätzt.“

Mitnichten unterschätzt! Sie weiß nur nicht, wie ihr beizukommen ist! Hier ist, wie auch die „Linke“ annimmt, die Spitze eines Eisberges sichtbar geworden.

„Im Bundestag hatte die Linkspartei eine Anfrage an die Bundesregierung zum Thema Steuerhinterziehung gerichtet. Dabei erfuhr man, daß es sich um ein Massendelikt handelt.“

„Massendelikt“! Man kann sichergehen, daß, einfache Lohnarbeiter ausgenommen, fast das ganze Volk in Deutschland Hinterziehen von Steuern als Sport betreibt. Ich sage Volk in

Deutschland, weil die vielen Ausländer, die ja immerhin bald 10% unserer Bevölkerung ausmachen, unzweifelhaft diesen Sport noch viel intensiver betreiben als die Deutschen. Weil jene viel bessere Verbindungen zu ihren Heimatländern aufrecht halten, wo die Korruption der Beamten und Behörden weitaus kräftiger blüht als hierzulande, geraten die Finanzämter der BRd bei ihren andersgläubigen „Mitbürgern“ noch mehr ins Hintertreffen als mit Leuten vom halbhehrlichen Schlage wie Hoeneß, Zumwinkel, Becker oder Graf (Vater und Tochter). Es fällt jedenfalls schon lange auf, daß von Bestrebungen der Steuerfahnder in dieser Richtung überhaupt nichts bekannt wird. Wenn schon in Kriminalfällen, in denen die fremdvölkischen „Mitbürger“ verwickelt sind, die Schweigemauer so gut wie unbrechbar ist, dann können wir im Falle von Geldschiebungen das noch viel mehr vermuten, denn sie sind ja nur des Geldes wegen nach Deutschland geströmt (www.globalfire.tv/nj). Und das heißt wohl, daß sie dem „Fiskus“ der BRd GmbH schon aus Prinzip hinterziehen, was nur möglich ist.

Wenn die Berichte der NN als Erfolg melden, daß durch Selbstanzeigen die Finanzämter „seit 2010 rund 640 Millionen Euro Mehreinnahmen verbuchten“, dann kann man ungefähr ableiten, welche Milliardenbeträge tatsächlich den Steuerfahndern entgingen und weiter entgehen. *„Nach Angaben von NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) kamen durch Auswertung von Steuer-CDs und Selbstanzeigen bundesweit bereits drei Milliarden Euro zusammen.“*

Aber wozu? Ist das Finanzloch der Bundesrepublik GmbH dadurch kleiner geworden? Hat die Merkelregierung einen Eurocent Bundes-Schulden damit bezahlt? Hat sie dem finanziell ausgeplünderten deutschen Volke etwas durch öffentliche Leistungen zurückgegeben?

Die Fragen kann jeder selbst beantworten!

Ob viel oder weniger durch Selbstanzeigen und Steuerfahnder erbeutet wird, hat gar keinen Einfluß auf die Finanzpolitik der BRd GmbH. Jeder Cent, den sie auf diese Weise erhält, ist ausgegeben bevor er im Einnahmebuch erscheint. So erweist sich die Fehde zwischen Steuereintreibern und Steuerhinterziehern als Stellungskrieg, wo die eine Seite mit Bluff, Drohungen und roher Gewalt den schleichenden Feind zu bezwingen versucht, der seinerseits mit List, Täuschung und Schweigen den Nachstellungen zu entkommen hofft. Laufend wechseln unentschieden Erfolge und Fehlschläge auf beiden Seiten wie die Taktiken. Vergeblich wird die Moral von seiten der Finanzpolitiker beschworen, sie predigen unaufhörlich *„Steuersündern Asche aufs Haupt zu streuen“*, *„Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist“* usw.. Sie verraten mit Reden im Geiste der Bibel die Fragwürdigkeit ihres Standpunktes. Niemand, wirklich niemand im Volke- egal welchem- sieht die Erpressung von Steuergeldern als moralisch gerechtfertigt an. Die staatlichen (stimmt nicht mehr, die BRd ist ja eine Privatfirma) Geldgreifer sind heute so

verachtet wie vor 2000 Jahren zu Jesus Christus Zeiten: Denn schon damals wurden „Steuereintreiber“ („Zöllner“ bei Luther) gehaßt und als die wirklichen „SÜNDER“ erklärt!

Verfolgte Steuersünder sind nicht weniger moralisch gerechtfertigt als die sündigen Steuereintreiber.

FÜR DEN FISKUS SPART KEIN MENSCH, sagte Silvio Gesell.

Die „**Steuermoral**“, die sich aus diesen Erwägungen ableitet, steht in unmittelbarem Zusammenhang mit erstens der Höhe der Steuern und zweitens ihrem Nutzeffekt für Wohlfahrt von Staat und Nation.

Wir sind nicht der Ersten, welche die unbequeme Wahrheit aussprechen:

Die Steuerschraube in Deutschland ist schon lange überdreht.

Steuern rauben dem Volke nicht seinen Kapitalisten- schon über 60% (die Zahlen schwanken) des Einkommens. Das kann und will keiner mitmachen. Deshalb stellte sich bald heraus, daß Merkels Anhebung der Mehrwertsteuer auf 19% nicht das brachte, was man errechnet hatte. Ist das ein Wunder? Das Bild ist hier überall gleich. Die zahllosen Steuern verteuern die Lebenshaltung, und dagegen gibt es nur eines: Einfach weniger Steuern zahlen. Das Gerede von „überfälligen Steuerreformen“, das die Politiker ab und zu von sich geben, weist eindeutig auf den Zahlungswiderstand des Volkes hin (außerdem erhoffen sie damit Sympathien und Wählerstimmen). Damit müssen sie also rechnen, aber keiner von ihnen ist fähig danach zu handeln. Und so sind seit jeher alle Versuche einer „Steuerreform“ versandet. Freilich mit einer Ausnahme: Wenn die Geldmachtlobby, Banken oder das Kapital Steuervergünstigungen verlangte, hat es sie regelmäßig bekommen. Das war schon so im Alten Rom.

Zum Zweiten: Es kann niemandem gleichgültig sein, wenn die Regierung die Masse der eingetriebenen Steuergelder aus Deutschland ins Ausland verschiebt, wie es seit Einführung der internationalen Euro-Währung in immer stärkeren Maße geschieht. Der Zynismus der Merkelregierung ist empörend: Kleine Geldschieber ins Ausland werden verfolgt und bestraft, sie selber händigt ganz offen die erbeuteten Milliarden ausländischen Banken aus, damit die das Risiko der Leihgelder in fernen, rückständigen, zerrütteten Staaten minimieren. Das Volk spürt, wenn die Steuergelder nicht zu ihm zurückkommen, es erfährt ja auch, wohin sie (Ertrag seiner Arbeit!) geflossen sind. Damit handelt sich die Regierung einen zukünftigen Feind ein, vor dem sie zittern muß. Nicht gleich eine Rebellion, die die Machthaber wegfegen würde, doch wachsender passiver Widerstand wird „oben“ bald bemerkt. **Für den Fiskus spart kein Mensch!**

Steuerfragen sind eine Frage des Geldsystems. Mit dem zinstragenden Gelde ist kein besseres

Ergebnis zu erwarten, als das, mit dem Regierung und Steuerfiskus bis zur Erschöpfung zu kämpfen haben. Dieser Staat, vielmehr die Bundesrepublik GmbH, hat sich der internationalen Eurowährung auf Tod oder Leben verschrieben, und weil die Merkel-Regierung gar keine Entscheidungsfreiheit besitzt (weil ihre Hintermänner es so wollen) wird sie an ihr zugrunde gehen.

Mit diesem internationalen Geld ist niemals Steuerehrlichkeit zu erwarten oder gar zu erzwingen. Silvio Gesell sagte: **Politik ist dem Geldkapital gegenüber zwecklos.** Das Geld folgt seinen eigenen inneren Gesetzen. Wenn die Finanzämter der BRd GmbH (bzw. ihre Verantwortlichen) glauben, des flüchtigen Geldes habhaft werden zu können, dann täuschen sie sich. Wenn Geld auf dem Bankkonto nicht mehr sicher ist vor den Brd-GmbH-Steuereintreibern, wird es nicht mehr in den öffentlichen Verkehr zurückkehren. Niemand kann den „Steuerzahler/ Steuerhinterzieher“ hindern, verschwiegene Einkünfte in Bargeld zu behalten und in einem Versteck aufzubewahren, für den Tag, an dem er es brauchen will. Dies geschieht nun in ständig zunehmendem Umfang alltäglich. Den Schaden erleidet in erster Linie der Steuerfiskus. Wir haben schon öfter hier betont, daß damit eine Bombe gelegt wird, die die BRd GmbH, die Eurozone und Europa in Stücke reißen wird. .

*

Unglaublich: Bundesland hinterzieht Steuern!

OÖ Nachrichten 13-7-13

Da blieb uns selber die Spucke weg...Schlagzeile:

„Steuerhinterziehung: Salzburg zeigt sich erneut selbst an.“

„Das Land Salzburg hat möglicherweise jahrelang Steuern auf Spekulationserträge hinterzogen.“ Hier der Bericht, wegen seines skandalösen Inhalts trotz Raummangel vollständig:

„Salzburg: Das hat Seltenheitswert: Ein Bundesland muß sich bei den Finanzbehörden des Bundes selbst anzeigen, weil der Verdacht auf Steuerhinterziehung besteht.

Salzburg hat infolge seiner Finanzaffäre darin bereits Übung: Nach einer ersten Selbstanzeige im Februar dieses Jahres folgte gestern die zweite. Für Erträge aus Spekulationsgeschäften, die über den Landeswohnbaufonds gelaufen sind, wurde offenbar nie Kapitalertragssteuer abgeführt. „Wir haben darum beschlossen, den Wohnbaufonds vorsorglich offenzulegen, und gemeinsam mit der Finanzbehörde herauszufinden, was tatsächlich passiert ist“, sagte der seit Juni für die Finanzen zuständige LH-Stellvertreter Christian Stockl (SP). Es droht eine Nachzahlung von 21 Millionen Euro.

Bereits im Februar 2013 hatte der damalige Interims-Finanzlandesrat Georg Malschnig (SP) eine Selbstanzeige im Namen des Landes erstattet. Damals ging es um den Versorgungs- und Unterstützungsfonds (VÜF) des Landes. Der mögliche Schaden für die Finanz wurde damals mit 31 Millionen Euro beziffert.

Mit der 21 Millionen schweren KEST-Nachzahlung aus dem Wohnbaufonds drohen nun im schlimmsten Fall 52 Millionen Euro zusätzliche Schulden für das Land Salzburg“

*

Im schönen Österreich wird offenbar mit Steuergeldern an der Börse genau so munter gespielt wie wir es einstmal von der Sächsischen Landesbank und aus Bayern hörten. Man spricht ja auch hier von einer „Finanzaffäre“.

Da werden zweckbestimmte Steuergelder ihrem Zweck entzogen und- über nicht genannte Banken, denn ohne die geht das ja nicht- mit ihnen an der Börse spekuliert. Im Falle Salzburgs scheint das ausnahmsweise gut gegangen zu sein. Man hat so viele Millionen dabei „verdient“, daß eine beträchtliche ungenannte Summe übrig blieb, obendrein „vergaß“ man den Anteil für Wien, der ihm steuergesetzlich in solchen Fällen zusteht.

Warum eine Landesregierung plötzlich die Angst vor Strafverfolgung plagte, wird nicht gesagt. Schließlich kann man ein Bundesland nicht ins Gefängnis sperren- das mußte doch Salzburgs Landesvätern klar sein. Haben die beteiligten Parteigenossen der SPÖ-Regierung Salzburgs nur deshalb eine „Selbstanzeige im Namen des Landes erstattet“, um die Gemeinnützigkeit ihres Wucherspiels und ihren guten Willen im Amt zu unterstreichen?

Mißtrauisch wie Freiwirte manchmal sind, fragen wir uns, was damit gewonnen wurde, dem Bundesfinanzminister den „gesetzlichen“ Anteil am Spekulationsgewinn erst vorzuenthalten und dann doch zu zahlen, Der darf ihn doch auch nur als Steuereinnahme verbuchen! Oder etwa nicht? Was für einen Sinn hat es, Steuergelder vom Land zum Bund zu überweisen- Steuergeld bleibt es so oder so-?

Es handelte sich um fraglos erhebliche Summen für Wohnungsbau und Versorgung/ Unterstützung Hilfebedürftiger, die zweifellos mit Vorbedacht entzogen wurden. Die Mißverwendung des Steuergeldes (zum Spekulieren an der Börse!) wird in der Demokratie Österreich offensichtlich nicht als strafbares Vergehen im Amt angesehen. Hier steht juristisch einwandfrei fest: Öffentliches Geld wurde für andere Zwecke verwendet als vorbestimmt. Dafür müssen die Genossen in der Regierung Beschlüsse gefaßt haben, von denen sie wußten, daß sie gesetzwidrig waren!

Was geschah mit den an der Börse erschobenen Geld-Zwischengewinnen? Sie sind keinesfalls verschwunden! Wären sie den mißbrauchten Fonds gutgeschrieben worden, hätten die in die „Finanzaffäre“ verwickelten Genossen dies der Öffentlichkeit mitteilen

müssen, sie hätten sich damit vielleicht ein öffentliches Lob verdient. Aber merkwürdigerweise steht davon nichts in der Zeitung. Wenn die öffentlichen Fonds die Spekulationsgewinne NICHT erhielten, dann muß es jemand anders geben, der sie einsteckte. Wer war das? Man stelle sich vor, die Spekulation wäre fehlgegangen- was ja viel häufiger vorkommt- wer hätte dann für die Verluste einstehen müssen? Ist es Irrtum von uns, wenn wir die „Selbstanzeige“ dahin deuten, daß das *Land Salzburg für die unterschlagene Kapitalertragssteuer aufkommen muß*, während die Gewinne aus der Spekulation an der Börse längst in bis jetzt unbekannte Taschen geflossen sind? Wie verhält es sich mit der Behauptung der OÖ Nachrichten, man- die Regierung Salzburgs- (bzw. die SPÖ-Genossen darin) habe **„jahrelang Steuern auf Spekulationserträge hinterzogen.“** Will das Wort „jahrelang“ besagen, daß Schiebungen und Spekulationen an der Börse längst ein Dauerzustand in Salzburg sind?

Der letzte Satz in den *OÖ Nachrichten* deutet in diese- reichlich dunkel gebliebene- Richtung:

„Nun (drohen) im schlimmsten Fall *52 Millionen Euro zusätzliche Schulden* für das Land Salzburg“

Jedenfalls hört unser Verständnis für die Vorgänge bei der „Finanzaffäre“ an diesem Punkte auf.

*

22.9.2013- Die letzten regulären Bundestagswahlen?

Der uns nicht unbekannt, sehr gescheite Kommentator Michael Winkler behauptet in seinem „Pranger“ auf der website www.michaelwinkler.de, daß dies die letzte Bundestagswahl gewesen sei.

Wir befassen uns nicht mehr mit Wahlen und Wahlergebnissen. Gleich welche Partei ans Ruder in Berlin kommt, zu entscheiden hat sie nichts, weil andere für sie entscheiden. Wer das ist, hat sich längst herausgestellt. Bundestagsabgeordnete kümmern sich um ihr Wohl und das Wohl ihrer Partei, aber einen Dreck um ihre Wähler, mit Recht, es war sowieso nur eine kleine Minderheit, die sie wählte. Wenn die „Kollegen“ erstmal drin sitzen, gelten für sie andere Regeln. Sie haben gehorsam alles abzunicken, was ihnen im Zuge der „Gesetzgebung“ vorgesetzt wird, und das tun sie zuverlässig. Solche Zustände sind uns aus der Geschichte bestens bekannt, man nannte das „Diktatur“, so eine erhielten wir Deutsche ja vor 80 Jahren (auch abgenickt von allen Parteifraktionen außer SPD), die zu unserem Unglück vor unserer bundesrepublikanischen Demokratie diktierte. Die hatte auch einen Reichstag, der das wenige, das ihm vom Diktator vorgesetzt wurde, gehorsam abnickte, wegen der Parteidisziplin, und Wahlen gab es auch. In unserer, angeblich vorbildlichen Demokratie wird die Parteidisziplin heute so streng gehandhabt wie

einst, obwohl sie Hitler deswegen verteufeln wie keinen anderen. Denn leider blieb ein wenig übrig, das ordentlich abgenickt werden muß, und ohne straffe (nun demokratische) Parteidisziplin wäre manches anders gelaufen als die heutigen Diktatur- eine Oligarchie- sich wünscht. Allerdings saß der Reichstag im Dritten Reich nicht im Reichstag, er „sitzte“ in der Kroll-Oper, im Gegensatz zum demokratischen Bundestag heute, der im Reichstag sitzen darf, um gesamtdeutsch, aber keineswegs großdeutsch zu spielen, aber sonst nur Komödien. Offiziell ist man nur noch vier Wochen vor den Wahlen deutsch, meistens vorbildlich europäisch. Und an diesem Punkte will ich die einleitenden Pranger-Sätze Winklers zitieren, weil sie nachdenklich machen sollen (Reden der Angela Merkel anzuhören sind nur als Strafe Gottes zu ertragen):

BeeRDigt (25-09-2013)

„Die letzten regulären Bundestagswahlen haben stattgefunden. Sollten 2017 noch einmal Wahlen abgehalten werden, dann in einem Staat, der sich von unserem heutigen grundlegend unterscheidet. Entweder wird das dann der alles erdrückende Orwell-Staat sein, oder es sind die ersten Wahlen in einem freien Deutschland. Meine Hofastrologin spricht von einem Bürgerkrieg, und das ist durchaus wahrscheinlich.

Europa hat vor dieser Wahl den Atem angehalten, besser gesagt EU-ropa. Die Finanzen aller EU-Staaten sind gründlich zerrüttet, die Banken marode, alles wartet auf „Rettung“. Diese Rettung soll, gemäß der dritten und vierten Auflage des Versailler Vertrages, die als „Maastricht“ und „ESM“ bezeichnet werden, auf Kosten der deutschen Steuerzahler erfolgen. Mögen andere Völker deutlich vermöglicher sein als die Deutschen, es gilt als ausgemacht, daß die Deutschen bezahlen müssen, damit es allen anderen Völkern besser geht.“ ...

*

Michael Winkler weiß über die Hintergründe und Zusammenhänge mit dem kapitalistischen Geldsystem, über Zins und Währungsbetrug leider sehr wenig. Das ist schade, denn mehr Wissen in der Geldfrage würde seine Kommentare weitaus eindrucksvoller machen. Wir haben aus unserer Kenntnis des kapitalistischen Geldes und seiner eigenen Gesetzmäßigkeit genau die gleichen Voraussagen gemacht und begründet. Ein internationales Geld wie der Euro muß zwangsläufig scheitern, aber nicht wegen verfehlter Staatskunst. Die katastrophale Schuldenpolitik, die Inflation, das Elend der EU-Völker- alle in dieses absurd-künstliche System hineingezwungen- sind Folgen des verrotteten Geldsystems. Die Politiker doktorn nur hilf- und ratlos an den Krankheiten herum.

Ja, wir möchten Winkler zustimmen: Bis 2017 ist der große Zusammenbruch geschehen. Auch wenn wir ihn nicht im einzelnen vorhersehen können- noch jedenfalls nicht..

*

In Griechenland tritt die Demokratie in Aktion

Führer der „Goldenen Morgenröte“ Partei verhaftet

(The Guardian, 28-09-2013)

„Die griechische Polizei hat eine außerordentliche Verhaftungswelle der neofaschistischen Goldenen Morgenröte Partei vorgenommen, ihren Vorsitzenden, eine Anzahl Volksvertreter und viele ihrer Funktionäre schlagartig festgenommen. Die Behörden gaben bekannt, daß ungefähr 25 Gegenterror-Einheiten noch neun Stunden später auf der Suche nach zwei weiteren Parlamentsabgeordneten waren.

Nokos Michloliakos, Vorsitzender der Goldenen Morgenröte, wurde im Zuge einer sorgfältig geplanten Unternehmung von Gegenterror-Beamten morgens in der Frühe verhaftet und in Handschellen ins Gefängnis geschafft. Sie sollen unter Anklage gestellt werden, eine Verbrecherbande (wörtlich: „criminal gang“) gebildet zu haben.

Premierminister Antonis Samaras hielt vorher wichtige Besprechungen mit seinen Ministern der öffentlichen Ordnung und Justiz. Justizminister Athanasiou erklärte: „Die Justiz hat mit Entschlossenheit und Durchsichtigkeit zugeschlagen. Ich will für alle, die festgenommen wurden dies sagen: Wenn sie vor Gericht gestellt werden, wird es gerechte Justiz geben.“

Griechenlands drittgrößte Partei, die Goldene Morgenröte, erfreute sich rasch zunehmender Volkstümlichkeit. Sie wurde wegen der Verzweiflung und Not der Wirtschaftszustände des Landes Europas am meisten extremistischer politischer Verband. Menschenrechtsorganisationen beschuldigen die Partei, seit Beginn der Krisis vor drei Jahren für hunderte Angriffe auf dunkelhäutige Einwanderer verantwortlich zu sein.“

*

Die Sprache des Guardian-Berichtes allein offenbart die ‚politisch korrekte‘ Tendenz. Man muß also zwischen den Zeilen lesen. Dazu eine Meldung aus anderer Quelle (den USA):

„Die griechische Regierung soll vor einiger Zeit geheime Beratungen mit dem amerikanischen FBI geführt haben, wie man der Goldenen Morgenröte beikommen könne. Wenn man überlegt, daß das FBI eine üble Schurken-Organisation ist, ist die gewalttätige Rohheit der griechischen Regierung in der Behandlung einer legal anerkannten Partei nicht mehr überraschend.“

Und eine weitere Feststellung aus dritter Quelle: „Wären heute Wahlen in Griechenland, käme ‚Goldene Morgenröte‘ auf Platz Zwei im Parlament.“

Daß für die bankenhörigen Machthaber höchste Gefahr im Anzug war, läßt sich daraus ableiten. Wir haben in früheren Rundbriefen (Nr 51, 53) uns mit der ‚Goldenen Morgenröte Partei‘ beschäftigt. Wir machten darauf aufmerksam, daß Griechenlands Krise nur von der Geldseite zu lösen ist. Dazu muß sich die Nation die Währungshoheit verschaffen, den Euro ab-

schaffen und nationales Geld ausgeben; wenn sie ihre eigene Geschichte verstand, mit ALLEN Mitteln.

Das kam den Führern der G.M. nicht in den Sinn. Sie glaubten an die Fata Morgana der Demokratie. Sie wollten nicht sehen, wie unfähig, korrupt, in den Händen der Banken und Fremden, ihre eigene Regierung ist. Am schlimmsten: Sie entzogen ihr nicht den Zugang zum Geld. Daß diese Machthaber gegen die ihnen unbequeme Partei mit Gewalt vorgehen würden, überstieg ihr Denkvermögen, ebenso, daß sie sich dann mit Gegengewalt widersetzen müßten. Sie schreckten vor der unvermeidlich gewordenen Konsequenz ihres halb beschrifteten Weges zurück. Sie handelten nicht, als die Stunde des Handelns da war. Das ist der Fehler, der ihnen den Kragen kostete. Nun werden sie den Preis für ihre Unentschlossenheit entrichten, und die griechische Nation zu ihrem Schaden ebenfalls.

*

HUMOR

Wahre Gespräche zwischen IHK-Prüfer und Azubi!!!

Prüfer: Sie gucken doch bestimmt Fernsehen. Wissen Sie was die Buchstaben ARD bedeuten?

Azubi: Kann ich auf Tafel schreiben?

Prüfer: Ja bitte.

Azubi (schreibt): Das ÄRDste

Prüfer: Und was heißt ZDF?

Azubi: Zweiter Deutschfunk.

Prüfer: Und PRO7?

Azubi: So für Kinder ab sieben, oder?

Prüfer: Wie heißt die Hauptstadt Deutschlands?

Azubi: Berlin.

Prüfer: Bevor Berlin Hauptstadt wurde, welche Stadt war da Hauptstadt?

Azubi: Da war Deutschland noch DDR, mit Hitler und so!

Prüfer: Ach so? Wie hieß denn die Hauptstadt bevor Berlin es wurde?

Azubi: Frankfurt, oder?

Prüfer: Wie, Frankfurt, oder? Frankfurt/Oder oder Frankfurt, oder?

Azubi: Jetzt weiß ich! Karlsruhe!

Prüfer: Wissen Sie, ob Deutschland eine Demokratie oder eine Monarchie oder eine Diktatur hat?

Azubi: Weiß ich nicht so genau, war früher ja alles anders.

Prüfer: Ja, früher waren wir auch mal Monarchie.

Azubi: Ja weiß ich, mit Hitler.

Prüfer: Nicht ganz, aber was ist mit heute?

Azubi: Das hat sich ja erst neulich geändert.

Prüfer: Das wäre mir neu! Wann soll sich das

denn geändert haben?

Azubi: So mit Mauerfall und so.

Prüfer: Was ist ein Euro-Scheck?

Azubi: Kannste Euro mit bezahlen, außer im Urlaub.

Prüfer: Erklären Sie mir bitte, was ein Dreisatz ist.

Azubi: Mit Anlauf und dann weit springen.

Prüfer: Was sind so Ihre Hobbys?

Azubi: Lesen, Musik und Rumhängen.

Prüfer: Was lesen Sie denn so?

Azubi: Programmzeitschrift.

Prüfer: Wir haben seit einigen Jahren den Euro als Währung. Wie hieß die Währung davor?

Azubi: Dollar!

Prüfer: Nein, das ist z.B. die Währung in Amerika.

Azubi: Ah Moment, jetzt weiß ich es: D-Mark.

Prüfer: Na also! Was heißt denn das 'D' in D-Mark?

Azubi: Demokratie?

Prüfer: Zwei Züge stehen 100 Kilometer voneinander entfernt und fahren dann mit genau 50

km/h aufeinander zu. Wo treffen sich die Züge, bei welchem Streckenkilometer?

Azubi: Kommt drauf an!

Prüfer: Worauf kommt das an?

Azubi: Ob die nicht vorher schon zusammenstoßen.

Prüfer: Haben Sie eine Ahnung, wer die Geschwister Scholl waren?

Azubi: Nö?

Prüfer: Ich sehe aber in den Unterlagen, dass Sie zehn Jahre auf der Geschwister-Scholl-Schule waren.

Azubi: Geschwister Scholl (Pause) Geschwister Scholl (Pause)... Nee, keine Ahnung.

Prüfer: Schon mal was von der 'weißen Rose' gehört?

Azubi: Aaaaah! Jetzt fällt's mir ein: Musik, oder?

Prüfer: Wer war eigentlich John F. Kennedy?

Azubi: Der war wichtig, oder?

Prüfer: (schaut nur fragend)

Azubi: Nicht von Deutschland oder so...

Prüfer: Nein.

Azubi: Hab ich auf jeden Fall schon mal gehört, gibt es 'nen Film von.

Prüfer: Ja, aber wer war das?

Azubi: Hat der was erfunden?

Prüfer: (schaut fragend)

Azubi: Krieg oder so?